



# Treibhaus-Affekt

Umwelt. Österreichs Regierung lehnt die neuen EU-Klimaschutzpläne zum Teil ab – und verstößt damit gegen ihr eigenes Koalitionsabkommen. Plus: die wichtigsten Punkte des Klimapakets.

Von Otmar Lahodynsky

So attraktiv kann Klimaschutz sein. Vor dem Opernball besuchte Bianca Jagger, Menschenrechtsaktivistin und Ex-Gattin von Rolling-Stones-Leadsänger Mick Jagger, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Jagger lobte Österreichs hohes Umweltschutzniveau, zur sichtlichen Genugtuung des Kanzlers.

Kurz zuvor hatte er sich im Nationalrat zum Klimawandel harsche Kritik gefallen lassen müssen. So warf die grüne Vizechefin Eva Glawischnig der Koalition vor, den Klimaschutz verraten zu haben. Anlass für den Zorn der Grünen: Gusenbauer hatte gemeinsam mit Wirtschaftsminister Martin Bartenstein die neue Vorgabe der EU-Kommission, Österreich müsse bis 2020 seinen Anteil an erneuerbarer Energie am Gesamtverbrauch von 23 auf 34 Prozent anheben, als unfair bezeichnet, weil man Österreichs Vorleistungen nicht einberechnet habe. Dabei hatten SPÖ und ÖVP im Regierungsprogramm sogar ein Ziel von 45 Prozent verankert. Doch dann wurden im neuen Ökostromgesetz die Förderungen für erneuerbare Energie reduziert, was die Zahl neuer Projekte drastisch reduzierte.

Das neue Vorschlagspaket der Europäischen Kommission zum Klimaschutz hat höchst unterschiedliche Reaktionen ausgelöst: Der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, Christoph Leitl, begrüßte die EU-Pläne als „Kompetenzzeichen für Europa, das im Unterschied zu den USA, Indien oder China auch beim Klimaschutz handelt“. Die Industriellenvereinigung warnte dagegen vor zusätzlichen Belastungen, die manche Betriebe aus Österreich vertreiben könnten.

**Kostenschub.** Umweltexperten bewerteten die Vorschläge aus Brüssel skeptisch. „Für die österreichische Klimapolitik sind die EU-Pläne irrwitzig, weil wir ab 2012 bis 2020 unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß sogar wieder gegenüber 1990 erhöhen dürfen“, meint Wolfgang Mehl, Geschäftsführer des Klimabündnis Österreich, eines Zusammenschlusses von Städten und Gemeinden. Schuld daran ist das neue, von der EU-Kommission herangezogene Basisjahr 2005, in dem Österreich mehr CO<sub>2</sub> als 1990 ausgestoßen hat. Daher wird auch die Absenkung von einem höheren Aus-

gangswert aus berechnet.

Die Global-2000-Energieexpertin Silvia Herrmann kritisiert das von der EU-Kommission vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel von 20 Prozent als zu gering. Noch bei der vorjährigen Weltklimakonferenz in Bali hatten die EU-Vertreter ein Ziel zwischen 25 und 40 Prozent im Schlussdokument verankert. Herrmann: „Wie kann man so kurz darauf ein niedrigeres Ziel beschließen?“

Über die möglichen Folgekosten des EU-Klimapakets gibt es derzeit nur grobe Prognosen. Die Industriellenvereinigung geht von jährlichen Belastungen bis zu einer Milliarde Euro aus. Dazu kommen die Kosten für die Verbraucher durch steigende Öl-, Gas und Strompreise.

Während die Grünen den Ausstieg aus Öl-, Erdgas und Stromimporten bis zum Jahr 2020 als machbar bezeichnen, wagt die Regierung nicht die Verwirklichung längerfristiger Umweltziele. Bei der Wärmedämmung älterer Wohnbauten, die neben Aufträgen für die Wirtschaft auch deutliche Energieeinsparungen mit sich bringen würde, gibt es keine bundesweiten Programme.

Vergangene Woche führten die Grünen SPÖ und ÖVP mit einer dringlichen Anfrage vor: Sie forderten die Umsetzung mehrerer Umweltschutzziele – vom Energiecheck für jedes Haus bis zur Verdopplung der Biomasse – und blitzten damit ab. „Dabei stammten sämtliche Ziele aus dem Regierungsprogramm von Gusenbauer und Molterer“, feixt die grüne Umweltsprecherin Ruperta Lichtenecker. „Die Regierung hat ihre eigenen Pläne abgelehnt.“

## 1) Was sind die Hauptziele des EU-Klimapakets?

Die EU will wieder Vorreiter bei der Bekämpfung des Treibhauseffekts sein. Bis zum Jahr 2020 soll der Ausstoß von CO<sub>2</sub> um 20 Prozent des Basiswerts von 2005 reduziert werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll auf 20 Prozent am Gesamtverbrauch angehoben werden, in manchen Ländern sogar höher: in Österreich etwa auf 34 Prozent. Durch mehr Energieeffizienz sollen 20 Prozent des Verbrauchs eingeschränkt werden.

## 2) Wie soll die Reduktion erfolgen?

Industrie und Energiewirtschaft müssen bis 2020 ihre Kohlendioxid-Emissionen

um 21 Prozent gegenüber 2005 senken. Dies wird durch das EU-Emissionshandelssystem durch Zuteilung so genannter

CO<sub>2</sub>-Zertifikate überprüft. Länder, die das Limit übersteigen, müssen diese spätestens ab 2010 teuer zukaufen. Experten schätzen den Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub>, die derzeit um rund 18 Euro zu haben ist, im Jahr 2012 auf bis zu 50 Euro. Aus den Einnahmen will die EU-Kommission Öko-Projekte fördern. Die Sektoren Verkehr, Haushalte, Gewerbe, Landwirtschaft müssen den Ausstoß schädlicher Treibhausgase um zehn Prozent reduzieren. Reichere EU-Länder müssen dabei mehr reduzieren als ärmere, daher muss Österreich hier 16 Prozent einsparen.

## 3) Wird Österreich die EU-Klimaziele erreichen?

Laut Kioto-Protokoll muss Österreich seinen Kohlendioxid-Ausstoß bis 2010 um 13 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Doch

in Wahrheit stieg der Ausstoß bis 2006 von 67 Millionen Tonnen auf über 90 Millionen Tonnen an (siehe Grafik). Auch der Energieverbrauch wächst weiter. Ohne umfangreiche Strukturmaßnahmen wird eine spürbare Reduktion der Treibhausgase kaum möglich sein.

## 4) Fördert die EU die Atomenergie?

Nicht direkt. Die EU-Kommission reihte die Kernenergie nicht unter die „erneuerbaren Energien“ ein. Bei der Berechnung des Gesamtausstoßes an CO<sub>2</sub> haben Länder mit Atomkraftwerken freilich einen Vorteil.

## 5) Wird das neue System Unternehmen aus der EU vertreiben?

Bis zuletzt intervenierten EU-Regierungschefs beim Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso um Ausnahmeregelungen

für die Stahl-, Zement-, Chemieindustrie. Mit Erfolg: Energieintensivere Industrien sollen weiterhin Gratzertifikate für CO<sub>2</sub>-Emissionen erhalten, solange die ausländische Konkurrenz nicht zu ähnlichen Sparzielen – etwa über ein neues Kioto-Protokoll – gezwungen wird. Im Gespräch ist auch die Einhebung eines „Klimazolls“ auf Produkte aus Ländern, in denen es laxere Vorschriften zum Klimaschutz gibt.

## 6) Wie hoch sind die Kosten des EU-Klimaschutzplans?

Kommissionschef Barroso schätzte die Kosten auf 150 Euro pro EU-Bürger und Jahr. Eine genaue Berechnung hängt vom Preis der ab 2012 frei gehandelten Verschmutzungszertifikate ab. Liegt dieser bei 40 Euro pro Tonne, rechnet der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Erich Bey-

rer, mit einer jährlichen Belastung für die heimische Industrie von bis zu einer Milliarde Euro. Wie viel der einzelne Bürger für den Klimaschutz bezahlen muss, steht derzeit nicht fest.

### 7) Wie kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß beim Autoverkehr gesenkt werden?

Schwer, außer durch den Einsatz neuer Antriebstechniken und durch eine Verteuerung und Verlagerung des Schwerverkehrs. Laut Umweltbundesamt sorgen ausländische Fahrzeuge in Österreich für 27 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr.

### 8) Werden durch den Anbau von Energiepflanzen für Biosprit die Lebensmittelpreise weiter steigen?

Die Österreichische Landwirtschaftskammer sagt Nein. Derzeit würden nur zwei ▶

Prozent der Anbauflächen in der EU für Biosprit genutzt. Für den Preisanstieg der jüngsten Zeit sei hauptsächlich die gestiegene Nachfrage nach Qualitätslebensmitteln verantwortlich, etwa auch durch wachsende Exporte von Milchprodukten aus Europa nach China. Der frühere EU-Agrarkommissar Franz Fischler, heute Präsident des Ökosozialen Forums, warnt vor einem Anstieg des Imports von Biosprit aus Ländern, die für neue Plantagen ganze Regenwälder abholzen. Denn dadurch werde weltweit kein CO<sub>2</sub> eingespart, im Gegenteil.

### 9) Was kann Österreich gegen steigende Öl- und Gaspreise tun?

Der empfohlene Umstieg auf erneuerbare Energien setzt radikale Strukturreformen, auch im Steuerbereich, voraus. Derzeit gibt Österreich für Energieimporte jährlich zwölf Milliarden Euro aus. Der Energieexperte und frühere EU-Abgeordnete Hans Kronberger erwartet einen Anstieg des Ölpreises von 100 auf 200 Euro pro Barrel bis spätestens 2012. „Österreich muss von Öl- und Gasimporten autark werden, aber dazu sind viele Investitionen nötig und faire Einspeisetarife für Strom aus Solar-, Windenergie und Biomasse.“

### 10) Wann tritt das EU-Klimapaket in Kraft?

Frühestens im Jahr 2009. Vorher müssen die EU-Minister und das Europaparla-

ment die Maßnahmen beschließen. Es gilt als sicher, dass die EU-Mitgliedsstaaten den Vorschlag der EU-Kommission noch in einigen Bereichen entschärfen werden. ■

## Böse Buben

### Die Koalition blockiert Fördermaßnahmen zum Klimaschutz.

Zwischen Umweltminister Josef Pröll und dem Klimaschutzbeauftragten des Bundeskanzlers, dem früheren Grünen-Politiker Andreas Wabl, kam es bei der jüngsten Sitzung des Klimafonds im Jänner zum Eklat. Wabl hatte das von Pröll unterstützte Förderprojekt für Fotovoltaik-Anlagen abgelehnt, worauf der Umweltminister auch die von Wabl befürworteten Subventionen für Heizungsanlagen aus Biomasse blockierte.

„Ich bin jetzt der böse Bube, weil ich dem Wunsch des Umweltministers nicht entsprochen habe“, meint Wabl und verweist auf die Experten des Klimafonds, die sich auf seine Seite gestellt hätten. Demnach würden Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom besser durch höhere Einspeisetarife ins Stromnetz gefördert. Pröll kontert: Die geplante Förderung für 10.000 Dächer „hätte eine Verdoppelung des Solarstroms in Österreich gebracht“. Wabl: „Prölls eigenes Ressort hat vorgerechnet, dass man mit Biomasse-Heizkesseln das Hundertfache an CO<sub>2</sub> einsparen kann als mit den Solardächern.“ Die Blockade führte dazu, dass heuer noch keine einzige Förderung aus dem Klimafonds beschlossen wurde.

## Österreichs CO<sub>2</sub>-Bilanz

Die Reduktionsziele von Kyoto werden von Österreich deutlich verfehlt. Die Emissionen stiegen von 67 auf über 90 Millionen Tonnen.

